

# Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands  
Publikationsorgan der Zentral-Franken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

45

Abonnementpreis: M. 1,- für das Vierteljahr.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Gotha, 9. November 1919  
(Kreuzband Nr. 173.)

3. Seite 75 Pfa. die einseitige Tarifsetzung.  
Ziel: Überwindung des Abfalls. Stellen-  
vermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfa.

33. Jahrg.

## 100000-tägige Auflage des Schuhmacher-Fachblattes 89 000!

### Inhalts-Verzeichnis.

Zentrale Tarifverhandlungen. — Wann und des Be-  
strebens befreit? — Sozialisierung in Wort und  
Tat. — Die Arbeitslosigkeit im 3. Quartal.  
— Die Arbeitlosen in der Schweiz im Jahre 1918.  
— Die Arbeitslosen in der Schweiz im Jahre 1918.  
— Die Arbeitslosen in der Schweiz im Jahre 1918.  
— Die Arbeitslosen in der Schweiz im Jahre 1918.

### Zentrale Tarifverhandlungen.

Am Donnerstag und Freitag voriger Woche fanden  
in der Reichshauptstadt Berlin die zentralen Tarifverhandlungen  
zwischen dem Zentralverband der Schuhmacher und  
den Arbeitgeberverbänden statt. Nach langen Verhandlungen  
wurde eine einstweilige Verständigung erzielt. Die  
Arbeitslosen in der Schweiz im Jahre 1918. Die  
Arbeitslosen in der Schweiz im Jahre 1918. Die  
Arbeitslosen in der Schweiz im Jahre 1918.

Ortsklasse	5 und 6	3	2 und 1
19 Jahre	M. 80,-	91,-	101,-
18 Jahre	110,-	120,-	130,-
17 Jahre	160,-	170,-	180,-
16 Jahre	200,-	225,-	250,-

Die jedes Kind in allen Ortsklassen M. 30,-  
zu 18 Jahren wird die auszuübende Summe dem  
Vater oder dem Vormund ausbezahlt. Die seit 1. April  
einmalige Wirtschaftsbeihilfe kann auf diese  
Anzahlung angewendet werden.  
Die Auszahlung wird nach diesen Abmachungen die  
in einzelnen Fällen die Zahlung haben erfolgt in der  
Nummer des Fachblattes.

### Wann und das Betriebsrätegesetz befriedigen?

Der Nationalhaushalt in Weimar ist noch kurz vor  
seiner Fertigstellung ein Entwurf über die Betriebsräte  
angehen und beraten worden. Der größte Teil der  
Arbeiterschaft bringt diesem Entwurf viel zu wenig  
entgegen, trotzdem gerade in diesem Gesetz die  
wichtigsten wirtschaftlichen Gebiete ihren Niederschlag  
finden. Wenn man nun die Frage aufwirft: wann die  
Arbeiterschaft mit dem Gesetz sich abfinden, so muß man sich  
klar sein darüber, was braucht die Arbeiterschaft und  
weshalb ihr revolutionäres Ziel, um zum Sozialismus  
zu kommen?

Die Frage der Sozialisierung ist nicht nur eine Rechts-  
frage, sondern auch ganz besonders eine Organisa-  
tionsfrage, auch zu einem gewissen Grade eine Willensfrage.  
Im November wird es ein Jahr, daß die deutsche Arbeit-  
erschaft die Frage in den Händen hatte, um die Frage der  
Sozialisierung ihrer Lösung näher zu bringen, es sollte ihr  
überwinden Moment am Willen und auch zum großen  
Teil an der Erkenntnis, welche Wege sie nun gehen  
sollte. Der erste Nationalkongress, jene Loggia, die sich selbst  
überwinden Moment am Willen und auch zum großen  
Teil an der Erkenntnis, welche Wege sie nun gehen  
sollte. Der erste Nationalkongress, jene Loggia, die sich selbst

Der Sozialismus ist an ökonomische Bedingungen und  
Entwicklungen geknüpft, hätte ich viele sagen; stimmt das  
überhaupt? Das zweite Argument. Wir müssen die  
Entwicklungen des Volkes haben, um zum Sozialismus zu kommen.  
Der Sozialismus ist an ökonomische Bedingun-

setzungen gebunden, und ohne sie ist keine Vermittlung  
möglich, aber wir dürfen uns nicht der Meinung hingeben,  
als wenn uns dann die sozialistische Produktionsweise  
über Nacht in den Schoß fallen würde. So wie zum  
Beispiel die Regierung glaube, man könnte einfach mit großen  
Plakaten, auf denen in großen Lettern die Worte  
stehen: „Sozialisierung ist da“, sozialisieren, so geht  
die Sache nicht!

Um zur sozialistischen Wirtschaftsweise zu kommen, brauchen  
wir die große Masse, der im Produktionsleben tätigen  
Kopf- und Handarbeiter, und eine Organisationsform, in  
der beide Teile ihr Bestes für diese Wirtschaftsweise herbeibringen  
können. Ohne daß das Proletariat diese Organisationsform  
gefunden hat, wird es immer vor dem Gorbischen Knoten  
stehen, den zu zerhacken es nicht imstande ist.

Die Organisationsform scheint mir in den Betriebs-  
räten gefunden zu sein, aber nicht in den Betriebsräten, die  
die Regierungswürde vorsetzen, hier handelt es sich nur  
um die Reorganisation der Arbeiter-Ausschüsse. In den  
Betriebsräten müßten alle entscheidenden den Sozialismus  
wählenden Kopf- und Handarbeiter vereinigt werden zum  
gemeinsamen Aufbau der sozialistischen Produktionsweise.  
Und zwar müßte dieser organische Aufbau der Organisation  
an der Urzelle, den Fabriken und Betrieben, beginnen und  
hinausführen zu einem Reichswirtschaftsamt. Die im Pro-  
duktionsleben tätigen Menschen müßten nach Industrien und  
Berufsgruppen gegliedert werden und nach folgendenmaßen:  
Landwirtschaft, Bergbau, Stein- und Zementindustrie, Metall-,  
Chemische, Textil-, Papier-, Leder- und Holzindustrie, Nahrungsmittel-  
und Genussmittel, Banken und Handel, Bergbau, Bergbau,  
Staats-, Kommunalbeamte u. Arbeiter, freie Berufe.

Wenden wir, um uns klar zu werden, bei der Lederindustrie,  
unter diese würden folgende Gruppen fallen: Gerberei,  
Schuhfabrikation, Gummi, Kunstschul, Sattlerei, Industrie  
lederartiger Produkte. Diese würden für sich nach einem  
bestimmten und getrennten Vertreter ihre Betriebsräte  
wählen. Deutschland würde in eine große Zahl, sagen wir  
30 Betriebsräte, eingeteilt; in diesen einzelnen Bezirken  
treten dann die Betriebsräte der ganzen Lederindustrie  
zusammen und wählen Delegierte zu einem Bezirksgruppenrat,  
ebenfalls machen es alle anderen Industriezweige. Aus  
diesen Bezirksgruppenräten der ganzen Industriezweige geht  
der Reichswirtschaftsrat hervor. Dasselbe wird in diesen  
Bezirken vollzogen sich im ganzen Reich, so daß wir dort  
die Reichsgruppenräte hätten, die dann den Reichswirtschafts-  
rat bilden. Die Mitglieder dieses Reichswirtschafts-  
rates können jederzeit von den Urstellen, von denen sie  
ausgegangen sind, den Arbeitern in den Betrieben, zurückge-  
rufen werden. Auch brauchen diese Bezirks- und Reichs-  
wirtschaftsräte keine so große Teilnehmerzahlen aufzuweisen  
wie die heutigen Parlamente der einzelnen Staaten und des  
Reiches. Wer wollte nun bestreiten, daß in solchen „Parla-  
menten“ für Deutschlands Wiederaufbau und keine Sozial-  
isierung das Bestmögliche geschieht würde? Dort würden  
Arbeiter, Techniker, Kaufleute usw. zusammenkommen,  
die unter der heutigen Produktionsform zu leiden haben,  
aber auch nur mit dem einen Gedanken besetzt, die Wirtschaft  
wieder neu aufzubauen und die Gemeinschaft der  
in der Wirtschaft tätigen Menschen so zu gestalten, daß sie  
möglichst reich an Gemeinwohl- und Verbrauchsgütern  
wären. An der Schuhfabrikation ganz besonders hätten diese  
B.A. viel Arbeit zu leisten in der Hebung der Produktion  
ohne größere Ausbeutung der Arbeitkraft der Kollegen, ich  
denke hier an Orte wie Birmahnen, Lützkowen. Die Hand-  
werkzeuge usw., wo die kleinen technisch tüchtigen Betriebe  
aufgehoben werden müßten und ihre Arbeiten technisch fort-  
geschrittenen Betrieben übertragen werden. Um den Raum  
unseres Fachblattes nicht so sehr in Anspruch zu nehmen,  
kann ich nicht alle Fragen eingehend behandeln.

Sehen wir uns nun den Entwurf des B.A.-Gesetzes  
an, denn werden wir finden, daß gerade der Hauptzweck,  
den es haben müßte, nicht erreicht ist, daß die B.A. die  
Organisationsform sein sollen, um die kapitalistische Wirtschaft  
sozialisieren, die nur auf den Profit eingestellt ist, in die  
sozialistische Bedarfsdeckung zu überführen. Wenn wir

aber noch die einzelnen Paragraphen des Entwurfes ruhig  
durchlesen, dann werden wir finden, daß sie oft bei weitem  
nicht an die in der Praxis von der Arbeiterschaft schon er-  
reichten Rechte heranreichen. Greifen wir nur eines heraus,  
bei Entlassungen soll dem B.A. das Einspruchsrecht  
zustehen, während ökonomisch die Kollegen schon das Mit-  
entscheidungsrecht haben.

Die Arbeiterschaft muß erkennen, daß ohne die heutige  
Wirtschaftsform in die sozialistische umzuwandeln, alle  
Türen für die Menschheit verschlossen sind, um zu einer  
höheren Kulturstufe zu gelangen. Und daß nur sie es ist,  
die eine neue Zeit auf ihren Schultern trägt. Darum muß  
ihr Wille, der bestimmende Faktor im Wirtschaftsleben zu  
sein, sich immer stärker ausprägen und nach außen hin ge-  
hen machen. Eine überlebte Wirtschaftsform ist im Zukunfts-  
mennechten, aus ihr heraus muß eine neue Wirtschaftsform  
entstehen. Die ganze Menschheit gegenwärtige Wirtschaftsform  
entstehen. Die ganze Menschheit gegenwärtige Wirtschaftsform  
entstehen. Die ganze Menschheit gegenwärtige Wirtschaftsform

Sozialisierung in Wort und Tat.  
Wer im März und April in Berlin war, dem seien  
sicher die großen Kleinfestspiele auf, auf denen mit Kleinfest-  
spielern verhandelt wurde: „Die Sozialisierung ist da!“ „Die  
Sozialisierung marschieren!“ Ganz recht, die Sozialisierung  
ist marschieren, d. h. zum Teil, der auch noch die Sozial-  
isierungskommission gehört hat. Und alles andere, was einen  
Schimmer von Sozialisierung trug, ist in der Zwischenzeit  
auch noch zum Teil gegangen.

Die Sozialisierung ist also da, d. h. beim Teil!  
So hat die gegenwärtige sozialistische Regierung die  
Proletariat eingeteilt, und heute ist über allen Sozial-  
isierungswesen auf. Unser Wirtschaftsleben liegt zu  
den Boden, um sozialisieren zu können, so heißt es uns aus  
dem Regierungs- und Bourgeoisblatt heraus. Die  
Schwierigkeiten sind zu groß, um mit der Sozialisierung zu  
beginnen und die alten und die neuen Geheimnisse Regierungs-  
räte finden und erkennen immer neue Schwierigkeiten, um  
nur in den heiligen Geist zu reiten.

Sehen wir uns einmal das Finanz- und wirtschaftliche  
vielfach bedrücktere Dilemma auf, auf denen mit Kleinfest-  
spielern verhandelt wurde: „Die Sozialisierung ist da!“ „Die  
Sozialisierung marschieren!“ Ganz recht, die Sozialisierung  
ist marschieren, d. h. zum Teil, der auch noch die Sozial-  
isierungskommission gehört hat. Und alles andere, was einen  
Schimmer von Sozialisierung trug, ist in der Zwischenzeit  
auch noch zum Teil gegangen.

Die Regierung hat geteilt beschlossen, eine gewalt-  
wirtschaftliche Anstalt zu errichten, die den Namen „Re-  
singe Leder- und Schuhfabriken“ führen wird. Damit  
endet das Gesetz über die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen,  
das die Nationalversammlung am 29. Juli be-  
schlossen hat und das die Nationalversammlung der sozialisierten Unter-  
nehmungen regelt, zum erstenmal keine Anwendung. Es  
ist der erste praktische Schritt zur Sozialisierung eines wich-  
tigen Industriezweiges, der beschlossen worden ist. Und  
wenn auch die Sozialisierung hier vorerst nur auf einem eng  
begrenzten Gebiet erfolgt, so ist doch die Bedeutung dieses  
Schrittes nicht gering zu schätzen. Denn wenn irgendwo, so  
es auf diesem Gebiet wahr, daß die praktische Wirkung  
wichtiger und wirksamer ist als ein Duzend theoretischer  
Programme.

Als Ausgangspunkt der Sozialisierung beruht der  
Staat in diesem Falle eine Größe, die ihm der Krieg hinter-  
lassen hat. Die Herrensverwaltung hat während des Krieges  
in dem Kontinental in Form von B. A. eine  
große Betriebsverfassung errichtet. Die B. A. hat  
Eigentum des Militärs, sie wurde aber nicht dem Staat  
überlassen, sondern vollständig den Unternehmern zum  
Betriebe überlassen. Neben der Arbeiter-Repräsentation  
steht bei der Staat auch eine Schutzkraft in dem  
Kriegsminister. Nach dem Krieg tauchte nun  
die Frage auf, was mit diesen Betrieben geschehen sollte. Die  
Regierung will sie nicht mehr kapitalistischen Unternehmern  
zum Betriebe überlassen, aber auch nicht als Staatsbetriebe  
unter direkter Verwaltung betreiben; sie soll sich be-

Abend 8 Uhr  
Abend 7 1/2 Uhr  
Abend 7 Uhr  
Abend 6 1/2 Uhr  
Abend 6 Uhr  
Abend 5 1/2 Uhr  
Abend 5 Uhr  
Abend 4 1/2 Uhr  
Abend 4 Uhr  
Abend 3 1/2 Uhr  
Abend 3 Uhr  
Abend 2 1/2 Uhr  
Abend 2 Uhr  
Abend 1 1/2 Uhr  
Abend 1 Uhr  
Abend 1/2 Uhr  
Abend 0 1/2 Uhr  
Abend 0 Uhr

Der erschlossen, hier zum erstenmal die neue Rechtsform der  
gemeinwirtschaftlichen Anstalt anzunehmen.

Die neue Anstalt wird vom Staat gemeinsam mit der  
Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine als der Vertreterin  
der städtischen Konsumenten und mit der Landwirtschaftlichen  
Warenerwerbsstelle als der Vertreterin der ländlichen  
Konsumenten gegründet. Der Staat übergibt der Anstalt  
die Abertonschlossanstalt in Brunn am Gebirge, die  
Schuhfabrik in Mitterndorf und außerdem ein Fabrikgebäude  
in Wien, in das die Einrichtungen der Mitterndorfer  
Fabrik übertragen werden sollen, da diese Fabrik nicht in  
Mitterndorf, sondern in Wien weiterbetrieben werden soll.  
Die Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine und die  
Landwirtschaftliche Warenerwerbsstelle stellen der neuen  
Anstalt das Betriebskapital bei.

Die Anstalt wird von der Anstaltsverwaltung geleitet  
werden, welche in folgender Weise zusammengesetzt wird:  
drei Mitglieder der Anstaltsverwaltung werden vom Staat  
bestimmt, und zwar ein Mitglied des Staatsamts für Finanzen,  
zwei Mitglieder des Staatsamts für Handel und Gewerbe.  
Weiter werden die Vorsitzenden der Mitterndorfer  
Fabrik übertragen werden sollen, da diese Fabrik nicht in  
Mitterndorf, sondern in Wien weiterbetrieben werden soll.  
Die Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine und die  
Landwirtschaftliche Warenerwerbsstelle stellen der neuen  
Anstalt das Betriebskapital bei.

Der Zusammenbau der Anstaltsverwaltung entspricht  
auch die Verteilung der Erträge der Anstalt. Wenn die  
Betriebe einen Reingewinn abwerfen, so muß die  
Anstaltsverwaltung einen Teil den Arbeitern und Angestellten  
zuteilen. In der Regel wird den Arbeitern und Angestellten  
ein Viertel des Reingewinns zufallen; dieser  
Bemerkenswert wird dem Betriebsrat überweisen, der über seine  
Verwendung selbständig entscheidet. Die verbleibenden drei  
Viertel des Reingewinns werden auf den Staat, die Großeinkaufsgesellschaft  
der Konsumvereine und die Landwirtschaftliche Warenerwerbsstelle  
zu gleichen Teilen verteilt.

Innerhalb unserer Schuh- und Lederindustrie wird die  
neue gemeinwirtschaftliche Anstalt große Bedeutung erlangen.  
In jüngster Zeit machten sich in der Schuhindustrie  
Bestrebungen zur Bildung eines kapitalistischen Trübs der  
Schuhbetriebe unter Führung der Allgemeinen österreichischen  
Schuhbetriebsgesellschaft bemerkbar. Nun unterliegt es  
keinem Zweifel, daß die Zentralisierung, Mechanisierung  
und Spezialisierung unserer Schuhindustrie notwendig sind,  
wenn sie nicht dem ausländischen Wettbewerb erliegen soll.  
Aber wir können nicht wünschen, daß sich die unvermeidliche  
Zentralisierung unter der Führung einer kapitalistischen  
Unternehmung vollzieht, nicht wollen, daß ein kapitalistischer  
Trübs die monopolistische Herrschaft über unsere Schuhindustrie  
erlangt. So notwendig die Zentralisierung ist, so soll sie  
sich doch nicht unter der Führung einer kapitalistischen  
Unternehmung, sondern unter der Leitung einer gemeinwirtschaftlichen  
Anstalt, nicht im Interesse des Kapitals, sondern  
im Interesse der städtischen und der ländlichen Konsumenten  
einerseits und der Arbeiter und der Angestellten der  
Schuhindustrie andererseits vollziehen. Das nun ist die  
Aufgabe der neuen gemeinwirtschaftlichen Anstalt. Sobald  
ihre beiden Betriebe im Gange sein werden, wird sie das  
gute Unternehmen in unserer Schuhindustrie sein. Denn  
in ihren beiden Betrieben werden ungefähr 900 000 Paar  
Schuhe jährlich erzeugt werden können, das ist ungefähr ein  
Drittel unserer gegenwärtigen Schuhproduktion und ungefähr  
ein Lebensjahr unseres normalen Schuhbedarfs. Damit aber  
wird die neue Anstalt sich nicht begnügen dürfen. Ihre Aufgabe  
wird es sein, auch andere Unternehmungen der Schuhindustrie  
und der Lederindustrie unter ihre Kontrolle zu bringen.  
Zunächst wird es der neuen Anstalt hoffentlich  
möglich sein, gemeinsam mit der städtischen Landesregierung  
die Einrichtungen der Abertonschlossanstalt in Östting  
zur Gründung einer weiteren gemeinwirtschaftlichen Schuhfabrik  
zu verwenden. Überdies aber besteht die Absicht,  
auch größere private Unternehmungen in der Schuh- und  
Lederindustrie in Aktiengesellschaften gemeinwirtschaftlichen  
Charakters zu verwandeln, die unter die Kontrolle der  
neuen Anstalt gestellt werden.

Aber die Bedeutung der neuen Anstalt ist auf den  
Bereich der Schuhindustrie nicht beschränkt. Zum erstenmal  
wird hier der Versuch unternommen, eine Unternehmung zu  
gründen, in der nicht mehr das Kapital die Arbeitskraft  
kommandiert, sondern sich der Staat als der Vertreter der  
Gesamtheit der Verbraucher, deren Bedarf das Unternehmen  
bewegen soll, und die Angestellten und Arbeiter, die in  
dem Unternehmen arbeiten, zu gemeinsamer Führung eines  
großen Unternehmens bereinigen. Wenn dieser Versuch  
gelingt, so wird er wirksamer, als es die wirtschaftliche  
Bemerkenswert ist, daß die Vorurteile gegen die  
Sozialisierung gestirnen, dem Sozialisierungsgeboten neue  
Kräfte werden, keine Anwendung auf andere Industriezweige  
erzielt werden.

Besonders wichtig erscheint es uns, daß mit der Großeinkaufsgesellschaft  
unserer Konsumvereine auch die Vertreter

der bäuerlichen Konsumenten an der Gründung und Leitung  
der gemeinwirtschaftlichen Anstalt teilnehmen. Gerade  
sieht wird von den großbäuerlichen, aber auch von christlich-  
sozialen Demagogen eine lebhaftige Agitation gegen die Sozialisierung  
in der Bauernschaft getragen. Bauerntage be-  
schießen Protestresolutionen gegen die Sozialisierung, obwohl  
ihre Teilnehmer schwerlich wissen, was die Sozialisierung  
ist und was sie bedeutet. Desto wichtiger ist es, der  
Bauernschaft durch praktische Versuche zu zeigen, daß die  
Sozialisierung der industriellen Großbetriebe nicht nur im  
Interesse der städtischen, sondern ganz ebenso auch im  
Interesse der ländlichen Verbraucher liegt; daß die Sozialisierung,  
die die Herrschaft über die Betriebe den Kapitalisten  
entwindet und an ihre Stelle den Staat, die Verbraucher  
und die Arbeiter setzt, den bäuerlichen Organisationen ganz  
so wie den Organisationen der städtischen Verbraucher die  
Herrschaft über die Betriebe gibt, die ihren Bedarf zu  
decken bestimmt sind. Es ist ausschließliche, die Sozialisierung  
gegen den Willen der Bauernschaft durchzuführen; desto wichtiger  
ist es, die Bauernschaft für den Gedanken der Sozialisierung  
zu gewinnen. Dazu scheint uns das unmittelbarste  
Zusammenwirken des Staates und der Arbeiterorganisationen  
mit den Organisationen der Bauernschaft bei der  
Gründung und Leitung sozialisierter Unternehmungen das  
beste Mittel zu sein; denn die Bauernschaft wird ihre  
Vorurteile gegen die Sozialisierung nur dann überwinden, wenn  
die Sozialisierung ihr selbst unmittelbaren Gewinn, ihren  
Organisationen unmittelbaren Machtzuwachs bringt. Darum  
halten wir es für einen prinzipiell wichtigen, für die  
Zukunft bedeutsamen Erfolg, daß an dieser ersten  
praktischen Sozialisierungsaktion auch die Vertreter der bäuerlichen  
Organisationen teilnehmen.

Die Regierung hat zur Teilnahme an der Gründung der  
gemeinwirtschaftlichen Anstalt ursprünglich alle Deutsch-  
österreichische Landwirtschaften eingeladen. Die Landwirtschaften  
haben sich jedoch nicht entschließen können, sich selbst an  
der Gründung zu beteiligen, da ihr die notwendige Organisation  
zum Betrieb der Schuhe fehlte. Daher wurde im  
Einvernehmen mit der Landwirtschaften die zwar vom  
Staatsamt für Volksernährung errichtete, aber von den  
bäuerlichen Organisationen kontrollierte und in stetiger  
Verbindung mit den bäuerlichen Organisationen stehende  
Landwirtschaftliche Warenerwerbsstelle zur Gründung der  
gemeinwirtschaftlichen Anstalt herangezogen. Die Landwirtschaftliche  
Warenerwerbsstelle hat hauptsächlich die Aufgabe,  
die Aufbringung von Lebensmitteln aus unserer Landwirtschaft  
dabei zu fördern, daß sie den Landwirten Industrie-  
produkte zum Austausch gegen Lebensmittel oder als  
Prämien für die Ablieferung von Lebensmitteln anbietet.  
Ihre Beteiligung an der gemeinwirtschaftlichen Schuhfabrik  
wird es ihr daher ermöglichen, nicht nur der Bauernschaft  
möglichst viel gute Schuhe zuzuführen, sondern auch  
durch ihre Organisation des Betriebes der Schuhe die Auf-  
bringung von Lebensmitteln zu fördern und dadurch mittelbar  
auch den städtischen Verbrauchern zu nützen. Andererseits  
aber wird natürlich die Großeinkaufsgesellschaft der  
Konsumvereine über die andere Hälfte der Erzeugnisse der  
gemeinwirtschaftlichen Schuhfabriken verfügen und sie durch  
die ihr angeschlossenen Konsumvereine den städtischen, ins-  
besondere den proletarischen Verbrauchern zuführen. Es  
wird freilich noch längere Zeit währen, bis die neue Anstalt  
ihre Aufgaben wirklich voll erfüllen können. Die Betriebe,  
die, erst eingerichtet, ihren neuen Aufgaben erst angepaßt  
werden müssen, werden erst in einigen Wochen in Gang  
kommen können und auch dann wird natürlich der Mangel an  
Kohle und an Leder die Ausnutzung ihrer vollen Leistungsfähigkeit  
zunächst hemmen. Aber der erste Schritt ist nun  
auch getan und damit ist ein Unternehmen begonnen, das  
nicht nur unsere Versorgung verbessert, sondern auch und  
vor allem den Gedanken der Sozialisierung praktisch erproben  
läßt. Ihm durch praktische Bewährung in einem Industriezweig  
auch den Weg in andere Industriezweige bahnen soll.  
Die gemeinwirtschaftliche Verarbeitung der Schuhfabriken  
in Brunn und Mitterndorf bietet ein gutes Beispiel  
dafür, wie das erste verschiedenartigste Betriebe, das die  
Kriegswirtschaft unserem Staat hinterlassen hat, in den  
Dienst der Sozialisierung gestellt werden kann. Das  
Bureau der Sozialisierungskommission, das den nunmehr  
verwirklichten Plan auszuführen hat, bereitet eine Reihe ähnlicher  
Sozialisierungsaktionen vor. Wir hoffen, bald über  
die Durchführung dieser anderen Pläne berichten zu  
können.

## Beschlüsse des Bureaus des Internat. Gewerkschaftsbundes.

Am 2. bis 4. Oktober hat in Amsterdam eine Sitzung  
des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes statt-  
gefunden. Bezüglich der Zulassung der deutschen und öster-  
reichischen Vertreter zur Washingtoner Konferenz hat sich  
das Bureau auf den Standpunkt gestellt, daß die getroffene  
Angelegenheit, daß die betreffenden Delegierten nicht direkt  
eingeladen werden, sondern daß ihnen freigestellt wird, nach  
Erlaube zu kommen, um von der Konferenz selbst zu er-  
fahren, ob sie zugelassen werden, was eine Formale sei.  
Man glaube daher die Bedingungen des Amsterdamer  
Internationalen Gewerkschaftskongresses erfüllt und bei  
dem Internationalen Bund angeschlossenen Gewerkschaften  
aufgefordert, Vertreter zu entsenden.

Weiter wurde beschlossen, in Washington ein Bureau  
einzurichten und die Arbeiterbewegung und ihre Vertreter dar-

Zusammenkunft in Konferenz zu einer Besprechung  
mengenüberufen.

Für die Zwecke des Amsterdamer Bureaus soll  
Haus angekauft werden. Vom 1. Januar ab soll in  
italien in französischer, englischer, deutscher und  
Sprache herausgegeben werden; für später wurde  
nicht genommen, noch eine spanische Sprache  
hinzuzunehmen.

Das Bureau wird monatlich zusammenkommen; die  
Zusammenkunft des Vorjahres soll im März 1920  
finden. Wegen des Standes der Sozialisierung in  
einigen Ländern sollen den Bundeszentralen Fragebogen  
gehen. Betreffend eine Unterlegung der Verhältnis-  
Kundung wurden Schritte eingeleitet; auch soll ver-  
sucht werden, eine Besserung der Lage der Gewerkschaften  
in Balkanstaaten herbeizuführen.

Die französische Regierung und den Obersten  
Entente soll wegen schlechter Heimsendung der Kräfte  
genannt herangezogen werden.

Die Argentinischen Gewerkschaften wurden in der  
Internationalen Bund aufgenommen; die beiden argen-  
tiner Vertreter Argentinens wurden ersucht, auf den  
Gewerkschaften der übrigen Länder Südamerikas  
zu wirken.

Die nächste Sitzung soll am 11. Dezember stattfinden.

## Die Arbeitslosigkeit im 3. Quartal 1919.

Für das 3. Quartal 1919 — Schlußtag der Arbeits-  
zählung am 27. September 1919 — berichteten 248  
Stellen mit 14 593 männliche und 32 718 weibliche,  
77 311 Mitglieder. Aus 68 Orten mit 3197 männ-  
lich und 1796 weibliche, zusammen 4993 Mitglieder gingen  
Berichte ein.

Unter Einrechnung der Einzelmitglieder der Frauen  
und die der Bezirke ergibt sich eine Gesamtzahl  
von 47 991 männliche und 34 573 weibliche, zusammen  
82 564 Mitglieder. Die höchste Prozentzahl an Arbeitslosen  
am Schluß der Landesteil Schützen-Heim-  
6,1 Proz. auf. Schützen-Polen und Sachsen-Polen  
haben den nächsthöchsten Prozentfuß mit 2,0 Proz.  
höher.

Unter der Durchschnittsziffer für das Reich (11)  
blieben die Landesteile Berlin-Brandenburg, Provinz  
Hannover-Braunschweig, Hessen-Nassau, die  
rechts des Rheins, Württemberg-Baden und die  
Pfalz.

Den niedrigsten Prozentfuß der Arbeitslosigkeit  
Westfalen-Lippe mit 0,1 Proz. auf; während  
Westpreußen-Bommern am Schluß keine  
Arbeitslosen hatten.

Die Zahlstelle Homburg hatte am Schluß 118  
Arbeitslose.

Die weibliche Arbeitslosenziffer ist in Leipzig mit  
Breslau mit 6, und in Weiskirchen mit 26 erreicht.  
Pommerns mit 7274 Mitgliedern und 32 Arbeitslosen  
Erfurt 4649 Mitgliedern und 5 Arbeitslosen am  
haben sich von den vorstehenden hohen Prozentfuß  
zu ab. Im ganzen wurden von den 77 311 von  
richtigerpartei erfassten Mitgliedern 871 Arbeitslose  
und 3 auf der Karte geführt. Ende August waren von  
bestehenden Mitgliedern 526, Ende August von  
richtigen Mitgliedern 1174 am Ort und auf der Karte  
bestehend.

Auf je 100 Mitglieder entfielen demnach 0,7  
Arbeitslose am Schluß der vierten, 1,7 Arbeitslose am Schluß  
des ersten und 1,1 Arbeitslose am Schluß der dritten  
Quartalswoche.

Der Stand der weiblichen Arbeitslosen betrug  
am Schluß im Juli 0,8, August 1,7 und September 1,7  
Arbeitslose. Am Schluß des dritten Quartals wurden 408  
Arbeitslose und 468 arbeitlos, je weibliche Mitglieder  
Ort und auf der Karte.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosenzifferungen im  
Quartal betrug 1768 am Ort und 41 auf der Karte; bei  
1003 männliche und 824 weibliche, zusammen am Ort  
auf der Karte 1827 Mitglieder. Gegenüber dem  
Quartal 1919 ist die Zahl der Arbeitslosenzifferungen  
um 2000 Personen.

Die Arbeitslosenzifferungen stehen im gleichen Verhältnis  
dem zweiten Quartal, sie sind mit 35073 Lage um  
Lage geringer als im zweiten Quartal 1919.

Die männliche Mitglieder kamen in 478 Fällen für  
Lage der Betrag von 9388,25 Mfr., ein weibliche  
in 250 Fällen für 4953,25 Mfr. 2972,90 Mfr. Arbeitslosenziffer-  
zahlung zur Ausschüttung auf der Karte wurden  
männliche und ein weibliche Mitglied für 137 Tage  
ausbezahlt. Zusammen wurden in 769 Fällen für  
Lage 12 498,25 Mfr. Arbeitslosenzifferungen am Ort  
auf der Karte bezahlt. Gegenüber dem zweiten Quartal  
hatten wir wieder einen erfreulichen Rückgang  
nämlich 6180 männliche und 3440 weibliche, zusammen  
9620 Mitglieder.

Da eine Anzahl Substellen in der Gründung  
sind, diese aber von der Berichterstatterung nicht erfaßt  
sind, so kann der Gesamtmitgliedsbestand mit 82 564  
gliedern nicht als erschöpfend angesehen werden.

Wie sich in den kommenden Monaten die Arbeits-  
losigkeit in unserem Berufe auf Grund der Aufhebung  
Zwangswirtschaft in der Lederindustrie verhalten  
wird, bleibt abzuwarten. Wegen Unbesetzung  
Arbeitsstellen unserer Organisation können ab-

Sache unserer Organisations wird es aber sein...

### Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1918.

Die Wiener Gewerkschaftskommission hat eben ihren Bericht für 1918 veröffentlicht... Die Wiener Gewerkschaftskommission hat eben ihren Bericht für 1918 veröffentlicht...

Table with 3 columns: Year, Male Members, Female Members. Data for 1913-1918.

Im Jahre 1913 waren von der Gesamtzahl der Mitglieder 11,4 Prozent weiblich, 1918 aber 25,6 Prozent.

Einem großen Teil der Metall- und Legitimationsindustrie sowie der meisten Bergwerksbetriebe hat Österreich an die Republik Böhmen verloren...

Im Jahre 1918 gab es in Argentinien 35 093 gewerbliche Betriebe mit 323 702 Arbeitern und Motoren mit 406 492 P.S.

Im Jahre 1918 gab es in Argentinien 35 093 gewerbliche Betriebe mit 323 702 Arbeitern und Motoren mit 406 492 P.S.

Die Einnahmen und Ausgaben für Streiks, Ausstellungen usw. sind dabei nicht begriffen...

Table with 3 columns: Category, Kronen, In Prozent der Gesamtausgaben. Categories include Reiseunterstützungen, Arbeitslosenunterstützungen, etc.

Seit 1901 wurden 46,4 Millionen Kronen für Unterhaltungen (ohne Erneuerung der Straßens, Auspflanzungen und Gemäuerunterhaltungen) verausgabt.

### Löhne in der Schuhindustrie in Holland.

Von den Arbeitern der Schuhindustrie, die dem Red. R. R. Bond von Schoenfabrikanten angehängt sind, ist ein Kollektiv-Arbeitsvertrag ausgearbeitet worden...

### Schuhindustrie und -einfuhr in Argentinien.

Nach Oeffnung der Grenzen werden wohl viele der durch den Ruin unserer Schuhindustrie brotlos gewordenen Arbeiter ihr Glück in überseeischen Ländern versuchen.

Im Jahre 1913 gab es in Argentinien 35 093 gewerbliche Betriebe mit 323 702 Arbeitern und Motoren mit 406 492 P.S.

Dem Bedarf genügt die Erzeugung der einheimischen Schuhindustrie lange nicht. Argentinien bezog in dem Jahreshaushalt 1910/14 im ganzen 296 538 Dutzend Paare Schuhe...

In Argentinien selbst wird zumeist schweres Sohlenleder hergestellt, dagegen nur ein kleiner Teil des Oberleders.

### Aus unserem Beruf.

Schwierige Situation der belgischen Schuhindustrie. Nach dem Brüssel-Vertrag fließt man in der Schuhindustrie sehr überflüssigen Geldes...

Schuhpreise in England. Kriegeerhöhung und Kriegeerhöhung. Hören in England jetzt der Bergangehen an. Die Preise sind für alles andere sehr teuer...

Mitteilungen. Coblenz. Auch hier am Orte hat sich die Schuhindustrie sehr gut entwickelt. Nun suchen die beiden Firmen Wieg und Kaufmann Arbeitsträger von auswärtigen Bezugnehmern.

